

- (A) nicht direkt nach ihrem Abschluss anfangen können, dort zu arbeiten, wo sie arbeiten wollen. Wir drängen ihnen Wartezeiten auf.

Es mag durchaus sein, dass die Bundeswehr nicht der favorisierte Arbeitgeber der Linken ist. Viele Jugendliche sehen das aber ganz anders. So belegt die Bundeswehr bei Schülern mittlerweile Platz vier unter den beliebtesten Arbeitgebern, bei den Mädchen ist es sogar Platz drei.

Bei den IT-Berufen sind die Streitkräfte der Aufsteiger des Jahres: Im Trendence Graduate Barometer steigt die Bundeswehr von Platz 38 im Jahr 2015 auf Platz 27 der beliebtesten IT-Arbeitgeber – eine Steigerung um elf Plätze, die keinem der übrigen 120 Unternehmen gelingt. Und auch in den Bereichen Ingenieurwissenschaften und Medizin gewinnt die Bundeswehr deutlich an Attraktivität

Die Bundeswehr bietet exzellente Ausbildungsmöglichkeiten, interessante Tätigkeitsfelder und gute Aufstiegschancen. Viele sehen eine Tätigkeit bei den Streit-

k

-T

- (B) -Jährigen die Chance verbauen wollen, sich eine berufliche Zukunft bei einem solchen Arbeitgeber aufzubauen, wieso wir die Jugendlichen und deren Eltern derart bevormunden und wieso wir die Schulzeit verkürzen und die jungen Menschen früher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, wenn ihnen ihr junges Alter dann zum Nachteil gereicht.

Hier werden von den Linken Probleme herbeigeredet, wo es keine gibt. In ihrer Kleinen Anfrage vom 18. Dezember 2015 ziehen sie zum Beispiel Untersuchungen in der britischen Armee heran. Diese Untersuchungen zeichnen in der Tat ein anderes Bild von der Lebenswirklichkeit in den britischen Streitkräften. So seien zum Beispiel Fälle von PTBS, Mobbing, Selbstverletzungen, Selbstmord und sexueller Belästigung häufiger bei den jüngsten Rekrutinnen und Rekruten als bei den Erwachsenen. Ich weiß nicht, wie die Rekrutierungspraxis bei den Briten aussieht, und möchte mir hier auch kein Urteil anmaßen. Aber ob es in diesem Kontext sinnvoll ist, von den Briten auf die deutschen Streitkräfte zu schließen, halte ich doch für sehr fraglich.

Aus den Antworten der Bundesregierung geht dann auch ganz klar hervor, dass wir diese Probleme nicht haben. Und auch der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner, hat mir auf Nachfrage bestätigt, dass ihm derartiges nicht bekannt sei. Auf diese Aussage können wir uns verlassen.

Ich sitze seit 2002 im Bundestag und war bis 2013 Mitglied im Familienausschuss, dem ich nun auch noch als stellvertretendes Mitglied angehöre. Ich war Mit-

- glied in der Kinderkommission bzw. ein Jahr deren Vorsitzende. Ich war Berichterstatterin für das Bundeskinderschutzgesetz, ein Gesetz, das als Meilenstein für den Kinderschutz in Deutschland gilt. Genau wie die meisten von Ihnen habe ich mich am sogenannten Red Hand Day beteiligt, einer Initiative gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten.

Sie können mir also glauben: Das Wohl von Kindern und Jugendlichen liegt mir am Herzen. Und ich weiß auch, dass die meisten Eltern nur das Beste für ihre Kinder wollen.

Der Soldatenberuf ist zwar kein Beruf wie jeder andere. Er ist mit Härten verbunden, die kein anderer Beruf

– a

lkerrechtlich gebotenen – Schutzmaßnahmen für die Minderjährigen getroffen.

Wenn sich also eine 17-Jährige oder ein 17-Jähriger dazu entschieden hat, zur Bundeswehr zu gehen, und die Eltern ihrem Kind diesen Schritt zutrauen, dann sehe ich keinen Grund, sich diesem Wunsch entgegenzustellen.

Julia Obermeier (CDU/CSU): Anfang November startete die Reality-Dokumentation *Die Rekruten*, die die Bundeswehr als Arbeitgeber vorstellt. Sie zeigt 12 junge Menschen bei ihrer Grundausbildung – ungeschönt mit allen Höhen und Tiefen. Sie zeigt, dass es eine Herausforderung ist, bei der Bundeswehr zu sein, sich in die Strukturen einzufinden und den hohen körperlichen und geistigen Ansprüchen gerecht zu werden. Die Protagonisten von *Die Rekruten* sind keine martialischen Kampfertypen, sondern ganz normale junge Leute.

Diese Serie wirbt für einen besonderen Beruf, für den des Soldaten. Und das ist nötig in Zeiten der ausgesetzten Wehrpflicht! Die Serie bringt ein ungeschminktes Bild der Bundeswehr auf die Smartphones und Tablets einer jungen Zielgruppe.

Die Rekruten spricht 17- bis 25-Jährige an, die sich ein konkretes Bild von der Bundeswehr machen wollen. 2015 haben rund 21 000 Männer und Frauen ihren Dienst bei der Bundeswehr angetreten, darunter etwa 1 500 17-jährige Jugendliche. Sie alle haben sich für den Soldatenberuf entschieden, der kein Beruf ist wie jeder andere: Soldaten schwören ihrem Arbeitgeber, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Und der Arbeitgeber, die Bundeswehr, hat im Gegenzug eine besondere Verantwortung denen gegenüber, die diesen Schwur leisten.

Dies gilt gerade für die noch nicht volljährigen Re-

k – und zwar von Anfang an: Sie müssen den Entschluss, zur Bundeswehr zu gehen, grundsätzlich freiwillig fassen. Auch müssen ihre Erziehungsberechtigten dieser Entscheidung zustimmen. Drüber hinaus werden sie über die Aufgaben und Pflichten als Soldaten umfassend aufgeklärt und informiert. Im Auswahlverfahren wird ihre Eignung für den Soldatenberuf und insbesondere ihre psychische Belastbarkeit geprüft.

Ihrer besonderen Verantwortung kommt die Bundeswehr auch in der Ausbildung nach. Sie stellt den Schutz

(C)

(D)

- (A) von Leben und Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten in den Mittelpunkt.

17-jährige Rekrutinnen und Rekruten werden zwar militärisch ausgebildet, doch erfahren sie dabei eine besonders intensive Betreuung. Sie sind beispielsweise beim Gebrauch von Waffen stets unter strenger Aufsicht. Außerhalb der Ausbildungsmaßnahmen gelangen in ihre Hände keine Waffen! Und viel wichtiger noch: Es ist ausgeschlossen, dass Minderjährige an bewaffneten Konflikten teilnehmen oder in einen Auslandseinsatz der Bundeswehr geschickt werden. Die Bundeswehr kommt durch diese und andere Maßnahmen ihrer Schutzverpflichtung gegenüber minderjährigen Rekruten vollumfänglich nach.

Trotzdem möchte die Fraktion Die Linke es den unter 18-jährigen Bundeswehrinteressenten verbieten, ihrem Berufswunsch nachzugehen. Sie, die Kollegen von den Linken, haben jedoch keine stichhaltige Argumentation. Sie zielen auf eine Diffamierung der Bundeswehr ab. Dies ist wohl weniger ihrer Sorge um die jungen Rekruten geschuldet als vielmehr ihrer generellen Ablehnung gegenüber allem Militärischen. Sie wollen durch solche Anträge die Bundeswehr aus der Mitte der Gesellschaft ins Abseits stellen. Doch dem treten wir entgegen. Der Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten bringen wir größte Anerkennung und Wertschätzung entgegen und wollen das Band zwischen Bundeswehr und Gesellschaft noch fester knüpfen.

- (B) Die aktuelle Rekrutierungspraxis der Bundeswehr ist dabei kein Selbstzweck. Sie soll es ermöglichen, dass junge Menschen direkt nach ihrem Schulabschluss, kurz vor dem Erreichen ihre Volljährigkeit, ohne Wartezeiten ihre Ausbildung bei der Bundeswehr beginnen können. Durch ihren besonderen Berufswunsch sollen sie nicht gegenüber Gleichaltrigen benachteiligt sein.

Aus diesen guten Gründen lehnen wir den Antrag ab.

Dr. Fritz Felgentreu (SPD): Die Kinderkommission des Bundestages hat sich mit der Einstellung 17-Jähriger als Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr auseinandergesetzt und noch einmal grundsätzlich festgestellt, dass das Mindestalter für den Dienstbeginn auf 18 Jahre angehoben werden soll. Diesen Grundsatz teilt auch die SPD-Fraktion. Der Dienst in der Bundeswehr ist kein Beruf wie jeder andere. Er sollte an die Volljährigkeit der Soldatinnen und Soldaten geknüpft sein. Das liegt übrigens nicht allein im Interesse des Jugendschutzes: Es macht die Bundeswehr auch stärker. Denn die Minderjährigen haben nicht die gleichen Rechte und Pflichten wie die volljährigen Soldatinnen und Soldaten. Sie dürfen zum Beispiel an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht teilnehmen und müssen nach ihrem 18. Geburtstag noch einmal eine Erklärung darüber abgeben, dass sie sich auch zur Teilnahme an einem Auslandseinsatz verpflichten.

Perspektivisch braucht die Bundeswehr also eine saubere Lösung, die auf der Volljährigkeit beruht. Diese Lösung muss aber auch der Lebenswirklichkeit junger Menschen gerecht werden. Für die Bundeswehr ist es immer noch eine neue Situation, dass sie sich selbst da-

r

(C)

– Stichwort „G 8“. Aus Sicht der Bundeswehr ist es wirklich ein Problem, einem 17-jährigen Schulabgänger, der aus wohlwogenen Gründen Soldat werden möchte, eine Wartezeit abzuverlangen. Junge Leute sind dann schnell für die Bundeswehr verloren, obwohl der Truppendienst für sie vielleicht genau das Richtige gewesen wäre. Um es dazu nicht kommen zu lassen, setzt die Anforderung der Volljährigkeit voraus, dass die Bundeswehr diesen Bewerberinnen und Bewerbern etwas anbieten kann, womit sie zufrieden sind – etwa einen vernünftig konzipierten Vorbereitungsdienst.

Solange wir so etwas nicht haben, muss bei der Ausbildung minderjähriger Soldatinnen und Soldaten zumindest der Jugendschutz konsequent berücksichtigt werden. Die Kinderkommission macht dazu einige hilfreiche Vorschläge – zum Beispiel zur getrennten Unterbringung der Jugendlichen. Sinnvoll ist auch die Forderung, dass diese jungen Leute am Standort einen entsprechend geschulten Ansprechpartner für ihre Sorgen und Nöte haben müssen.

Weniger sinnvoll scheint mir der Antrag der Linken, von jetzt auf gleich keine Minderjährigen mehr zum Dienstantritt zuzulassen. Dass Ihr Antrag, lieber Kollege Müller, den Interessen der Bundeswehr schadet, wird die Linke vermutlich billigend in Kauf nehmen – die SPD nicht unbedingt. Wir wollen eine starke Bundeswehr, die ihren Auftrag gut erfüllen kann. Aber dieser Antrag wird eben auch den Interessen der betroffenen jungen Leute nicht gerecht, und das ist vielleicht etwas, das auch die Linke gar nicht will. Ich würde der Linken sowieso raten, nochmal darüber nachzudenken, was sie Jugendlichen zutraut und was nicht. Ich finde, es passt nicht richtig zusammen, einerseits das Wahlalter 16 zu fordern – damit sagen Sie doch, sogar noch jüngere Jugendliche sind ganz allgemein alt genug, um große Verantwortung für das ganze Gemeinwesen zu übernehmen –, und andererseits sagen Sie hier: Die 17-Jährigen sind aber noch viel zu jung, um für sich persönlich zu entscheiden, ob sie wirklich den Dienst in der Bundeswehr leisten können und wollen. Konsequenz ist das nicht.

(D)

Die SPD-Fraktion teilt die Auffassung, dass alle Soldatinnen und Soldaten volljährig sein sollen. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass die Praxis derzeit auch im Sinne der 17-jährigen Rekrutinnen und Rekruten anders ist. Wir wollen deshalb eine Lösung, die auch den Interessen der jungen Leute gerecht wird. Solange wir die nicht haben, ist entsprechend den Empfehlungen der Kinderkommission bei der Ausbildung der Minderjährigen konsequenter Jugendschutz oberstes Gebot.

Norbert Müller (Potsdam) (DIE LINKE): Seit Aussetzen der Wehrpflicht ist die Zahl minderjähriger Rekrutinnen und Rekruten bei der Bundeswehr beständig gestiegen. Traten 2011, in dem Jahr also, in dem die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, 689 Minderjährige ihren Dienst an der Waffe an, sind es in diesem Jahr 1 576 unter 18-Jährige. Hinter diesen Zahlen steckt eine Strategie: Die Bundeswehr und das Bundesverteidigungsminis-